

Neue Anforderungen an die Landwirtschaft durch Cross Compliance

– Bedeutsame Veränderungen und Ausnahmeregelungen für die Praxis –

Von Rechtsanwalt Dr. Holger Spreen, Hannover/Osnabrück

Mit über 17 Mio. Hektar sind fast die Hälfte der Gesamtfläche Deutschlands landwirtschaftlich genutzt. Durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union haben sich die Anforderungen an die Landwirte weiter verschärft: Die „gute fachliche Praxis“ wurde um die sog. „Cross Compliance“ ergänzt.

Die Landwirtschaft muss sich dadurch auf einige Veränderungen einstellen. Die Grundsätze der „guten fachlichen Praxis“ in § 17 Abs. 2 BBodSchG werden konkretisiert und verschärft. Um zukünftig Prämienzahlungen zu erhalten, müssen umfangreiche europäische Vorschriften eingehalten und die landwirtschaftlichen Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten werden. Hieran haben die Landwirte allerdings auch ein Eigeninteresse, um gute Bewirtschaftungsbedingungen zu erhalten.

Bei Verstößen gegen diese europarechtlichen Grundanforderungen an die Betriebsführung drohen erhebliche Kürzungen der Direktzahlungen bis hin zur vollständigen Streichung. Das gilt für die Bewirtschaftung von Eigentums- wie Pachtflächen gleichermaßen. Besonders Verpächter sollten bei laufenden Verträgen allerdings auf Vertragsanpassungen drängen, um bei Pachtende nicht prämielose Flächen zurückzuerhalten und damit für Fehlverhalten oder Unachtsamkeiten ihrer Pächter zu büßen. Die neue Rechtslage enthält jedoch auch weitreichende Ausnahmen, die bei entsprechender Rechtsberatung den Betrieben beachtliche Chancen zum Erhalt der Zahlungsansprüche bieten können.

Aufklärung über die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen ist daher geboten, um Betrieben, Verbänden und Beratern Einwirkungs- und Ausnahmemöglichkeiten aufzuzeigen.